

Pressemitteilung vom 6. Oktober 2013

20 Jahre Einsatz für den Schutz der Jugend

Vor 20 Jahren, im Juli 1993, wurde die **eidgenössische Volksinitiative «Für eine Jugend ohne Drogen»** nach nur 6 Monaten mit über 140'000 Unterschriften in Bern eingereicht. Zur Unterstützung der Initiative wurde kurz darauf der Verein «Jugend ohne Drogen» gegründet.

Aufgrund massiver Propaganda der Drogenliberalisierungslobby, unterstützt u.a. von der damaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss (heute tätig für die weltweite Legalisierung von Rauschgiften!) und den meisten Medien, wurde die Initiative in der Abstimmung von 1997 leider abgelehnt. Wir sind davon überzeugt, dass die Verankerung des **verantwortungsbewussten, auf ein drogenfreies Leben zielende Ansatzes** der Initiative in der Bundesverfassung **viel menschliches Leid hätte verhindern** können.

Wir erlauben uns, Ihnen den Initiativtext in Erinnerung zu rufen:

«Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 68^{bis} (neu)

¹Der Bund bekämpft das Rauschgiftproblem mit einer restriktiven, direkt auf Abstinenz ausgerichteten Drogenpolitik.

²Er trifft auf dem Wege der Gesetzgebung alle geeigneten Massnahmen, um die Nachfrage nach Rauschgiften und die Anzahl der Rauschgiftkonsumenten zu verringern, die Rauschgiftabhängigkeit zu heilen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgeschäden des Rauschgiftkonsums zu vermindern sowie den illegalen Rauschgifthandel effektiv zu bekämpfen.

³Um die Jugend vor Drogen zu schützen, nimmt der Bund gegen Rauschgiftkonsum Stellung und verfolgt eine aktive Drogenprävention, die die Persönlichkeit des einzelnen stärkt.

⁴Der Bund fördert und unterstützt die Durchführung der Massnahmen, die geeignet sind, den körperlichen Entzug, die dauerhafte Entwöhnung und die Wiedereingliederung der Rauschgiftabhängigen sicherzustellen.

⁵Die Abgabe von Betäubungsmitteln ist verboten. Vorbehalten ist die Verwendung zu rein medizinischen Zwecken. Davon ausgeschlossen ist jedoch die Verwendung von Heroin, Rauchopium, Kokain, Cannabis, Halluzinogenen und analogen Substanzen.»

Seit der Ablehnung der Initiative wurde bei der Betreuung von Drogenabhängigen **das Ziel der Abstinenz aufgegeben**. Die staatliche Drogenabgabe ist Alltag geworden, wird als «Therapie» bezeichnet und von den Krankenkassen finanziert. Parallel dazu mussten die meisten abstinenzorientierten Therapiezentren ihre hilfreichen Aktivitäten aufgrund fehlender Unterstützung aufgeben.

Die Stellungnahmen unseres Vereins zu den **fatalen Auswirkungen der Rauschgifte auf Körper und Psyche** des Menschen werden, auch aufgrund **neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse**, immer wieder bestätigt. Es gibt auch heute keinen vernünftigen Grund, das Ziel eines drogenfreien Lebens, das heisst die **Heilung der Drogenabhängigen**, zu verlassen.

Auch in Zukunft werden wir uns für den **Schutz unserer Kinder und Jugendlichen einsetzen, über die vielfältigen Gefahren der verschiedenen Rauschgifte aufklären** und **drogenfrei geführte Therapiestationen unterstützen**.

Toni Bortoluzzi
Nationalrat
Vereinspräsident

Jean-Paul Vuilleumier
Vereinssekretär